

Für bezahlbare Fahrscheine in Berlin

Resolution der 1. Arbeitslosenkonferenz der Berliner DGB-Gewerkschaften „Arbeitslos – aber nicht wehrlos“ vom 24. Januar 2004

Immer mehr Sozialhilfeempfänger/innen, Arbeitslose und Senioren sind verzweifelt und zornig, weil ihnen die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel unbezahlbar gemacht wird. Empörung und Wut verursacht die Abschaffung des „Berlin-Tickets S“ am Jahresanfang, für das Sozialhilfeempfangende monatlich 20,40 Euro zahlen mussten. Erwerbslose, die Arbeitslosenhilfe beziehen, wird das „Berlin-Ticket A“ zum 1. April 2004 weggenommen. Dieses „Arbeitslosenhilfeticket“ kostet derzeit 23,50 Euro pro Monat. Die Seniorenkarte für Rentner zu 39,50 Euro wird es dann ebenfalls nicht mehr geben.

Immer mehr Sozialhilfeempfänger/innen, Arbeitslose und Senioren werden ihrer Mobilität beraubt. Durch die beschlossene Verdopplung der Fahrpreise werden sie von BVG und S-Bahn ausgeschlossen oder aus purer Not zum „Schwarzfahren“ gezwungen, von Kontrolleuren gejagt und dadurch letztendlich durch Strafverfolgung kriminalisiert.

Wer seinen Lebensunterhalt mit einem dem Sozialhilfesatz entsprechenden Geldbetrag bestreiten muss, der hat nicht 64,00 Euro (bisher 58,50 Euro) für eine reguläre Monatskarte übrig.

Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen hilft genauso wenig das „Angebot“ eines 10-Uhr-Tickets für 49,50 Euro, da für Termine vor 10 Uhr (z.B. auf dem Sozial- oder Arbeitsamt) außerdem noch Einzelfahrscheine gekauft werden müssen. Eine Hin- und Rückfahrt wird künftig mindestens vier Euro kosten.

Ihre Mobilität erhalten Sozialhilfeempfänger/innen und Erwerbslose auch nicht mit einer verbilligten Monatskarte zu 39 Euro wieder, die die Sozialsenatorin Knake-Werner für Menschen fordert, welche von Rundfunkgebühren aufgrund ihres geringen Einkommens befreit sind. Busse und Bahnen werden dadurch nicht erschwinglich. Lediglich der entwürdigende Zwang, die Erstattung von Fahrkosten einzeln beim Sozialamt beantragen zu müssen, würde dadurch ohne eine materielle Hilfe für die Betroffenen abgeschafft.

Die Erwerbslosenkonferenz des DGB-Berlin fordert den SPD/PDS regierten Senat, die im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien und die Verkehrsgesellschaften auf

- eine verbilligte Monatskarte für Sozialhilfeempfänger/innen, Arbeitslose und Senioren einzuführen, die auch mit dem im Sozialhilfesatz für Beförderung vorgesehenen Betrag von monatlich 14,08 Euro bezahlt werden kann;
- Sozialhilfeempfangenden, Erwerbslosen, Niedriglohnbezieher und Senioren die Möglichkeit zu eröffnen, in Bussen und Bahnen mit dem Ermäßigten Einzelfahrschein und der Ermäßigten Tageskarte mitfahren zu können.

Die Erwerbslosenkonferenz ist der Überzeugung, dass in Zukunft das öffentliche Nahverkehrsangebot Berlins und die vorhandenen Arbeitsplätze nur dann erhalten werden können, wenn potentielle Fahrgäste nicht durch Fahrpreiserhöhungen von Bussen und Bahnen ausgeschlossen, sondern mit erschwinglichen Fahrpreisen zurückgewonnen werden.

Die Erwerbslosenkonferenz fordert den Berliner DGB, die Vorstände der Einzelgewerkschaften und die Erwerbslosenausschüsse der Gewerkschaften auf,

- die Forderung nach einer Monatskarte und Einzelfahrscheinen, die für alle Betroffenen erschwinglich sind, zu ihrer eigenen zu machen,
- durch vielfältige Initiativen und Aktionen, Interventionen bei den politisch Verantwortlichen die Forderungen zu unterstützen und zum Erfolg zu verhelfen, und hierzu auch Bündnisse und Aktionsgemeinschaften mit anderen Initiativen in der Stadt anzustreben, zu unterstützen und auszubauen.

Die Erwerbslosenkonferenz spricht sich darüber hinaus **gegen die Privatisierung der BVG** aus.